



## Eine Lücke in Erfurt

Am 16. April 2009 wurde das besetzte Haus in Erfurt nach langen politischen Auseinandersetzungen von einem massiven Polizeiaufgebot geräumt. Damit wurde ein Projekt zerstört, das über acht Jahre Raum für politische Intervention sowie möglichst unkommerzielle kulturelle und politische Veranstaltungen bot und von verschiedenen Gruppen genutzt wurde. Nicht zuletzt bestand dort die Möglichkeit auf einer solidarischen Ebene ohne Mietverträge zusammen zu leben.

Das kürzlich geräumte besetzte Haus befand sich auf dem ehemaligen Gelände der Firma Topf & Söhne, die während des Nationalsozialismus Krematorien für Konzentrations- und Vernichtungslager wie Auschwitz und Buchenwald produzierte. Seit Beginn der Besetzung im April 2001 war die öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Firma ein zentrales Anliegen der Besetzer\_innen. Ziel war es die weitgehend freiwillige und engagierte Beteiligung der normalen deutschen Bevölkerung an der technischen Umsetzung der massenhaften Menschenvernichtung aufzuzeigen.

Ausschlaggebend für die Beteiligung der Mitarbeiter\_innen von Topf & Söhne am Holocaust waren im Besonderen Antisemitismus, Rassismus, Lohnarbeit als Lebensmittelpunkt und einziger anerkannter Lebensunterhalt sowie das Abdelegieren von Verantwortung nach "Oben". Neben der Kritik dieser gesellschaftlichen Mechanismen auch im Hier und Jetzt versuchten wir Kritik an Zuständen wie Sexismus, Homophobie und Kapitalismus an die Öffentlichkeit zu bringen.

Mit der Räumung des ehemaligen Topf & Söhne-Geländes findet diese Kritik jedoch kein Ende und es steht außer Frage, dass wir uns weiter in die Debatte um die Geschichte der Firma einmischen und natürlich auch weiter für ein selbstverwaltetes Zentrum kämpfen werden. Durch den Abriss des besetzten Hauses ist eine Lücke in Erfurt entstanden, die wir schnellstmöglich wieder füllen müssen und wollen.

## Die politische Lage in der Stadt

Zugegeben: Unsere Ausgangsposition für diesen Kampf ist denkbar schlecht. Die Besetzer\_innen und Unterstützer\_innen sind nach der Räumung von

zahlreichen Rechtsklagen bedroht. In der öffentlichen Diskussion wurde sich in den Wochen nach der Räumung mehr mit abgebrannten Müllcontainern als mit dem martialischen Polizeieinsatz bei der Räumung oder gar dem Verlust des Projektes beschäftigt.

Der Sozialarbeiter und Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) lässt es sich nicht nehmen, in jedes ihm vorgehaltene Mikrofon zu äußern, dass jedwede Neubesetzung sofort geräumt werden soll. Die CDU-Fraktion beschwört nach der Räumung im Thüringer Landtag eine neue Extremismusdebatte herauf. Die Erfurter Nazis jubeln indes und hoffen, dass antifaschistische Strukturen durch den Verlust des besetzten Hauses an Schlagkraft verlieren. In Bezug auf die Gegnerschaft zum besetzten Haus ist sich die Thüringer Rechte mit der politischen Mitte einig. So wirbt die NPD-Abspaltung "Pro Erfurt" unter anderem deshalb dafür, den CDU-Politiker Michael Panse zu wählen, auch wenn dieser sich offiziell von den extremen Rechten distanziert.

Im Allgemeinen ist die Lokalpolitik der Stadt Erfurt von einem zunehmenden Sicherheits- und Sauberkeitswahn geprägt. Vor

einigen Jahren wurden die Mittel für Jugend- und Kulturarbeit drastisch zusammengekürzt. Was der CDU jahrelang nicht gelang, ließen SPD und Linke Wirklichkeit werden: In der Innenstadt wird seit letztem Jahr eine neue Verordnung durchgesetzt, die beispielsweise öffentlichen Alkoholkonsum in Gruppen verbietet und Straßenkünstler\_innen ein freies Auftreten erschwert. Diese Politik fügt sich in einen generellen Trend, alles nicht Verwertbare aus den Stadtzentren zu verdrängen.

Schon vor der Räumung des besetzten Hauses wurden wir in den Verhandlungen mit der Stadt nicht ernst genommen. Gespräche über ein Alternativobjekt wurden erst angeboten, nachdem die Genehmigung zum Abriss weiter Teile des Areals von der Stadt unterzeichnet war. Nach der Ablehnung des einzigen angebotenen viel zu kleinen Alternativobjektes, wurden die Gespräche von Seiten der Stadt abgebrochen. Anschließend wurden wir gegenüber der Presse als stur und verhandlungsunwillig verunglimpft. Für uns ergibt sich aus den bisherigen Erfahrungen mit der Stadt Erfurt, dass wir von dieser Seite nichts zu erwarten haben.